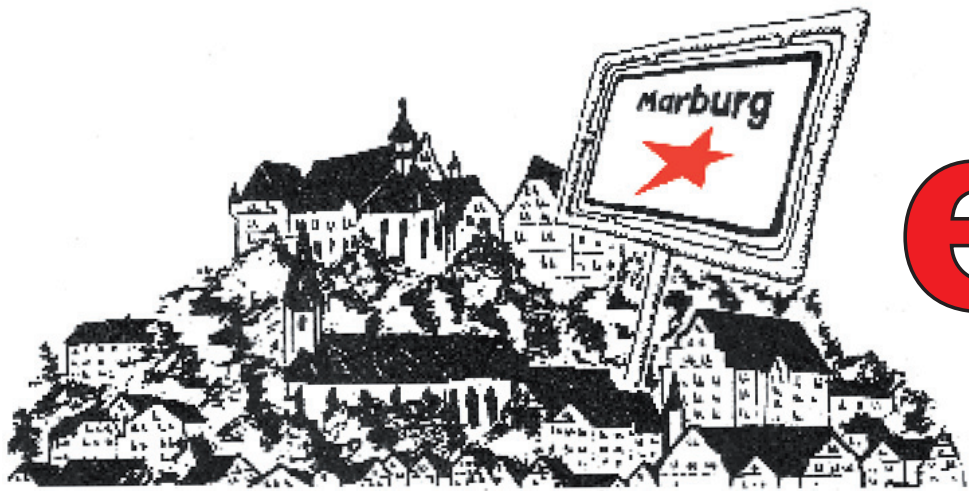


marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

März 2016

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#21

IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische
Partei (DKP) Marburg &
Assoziation Marxistischer
StudentInnen (AMS) Marburg
www.dkp-marburg.de
www.dkp-hessen.de
www.sdaj-hessen.de
Auflage: 1000



Kommunalwahl

6. März 2016

Marburger Linke wählen.

DKP

www.dkp-marburg.de

Bezahlbarer Wohnraum statt sichere Rendite

In Marburg kann man in den letzten 10 – 15 Jahren beobachten, dass aufgrund von Kosteneinsparungen, eine wichtige Aufgabe freiwillig aus der Hand gegeben wurde, nämlich die städtebaulichen Planungen – die u.a. Wohnungsneubau und Stadtgestaltung zur Aufgabe hat.

Gerade dieses große Feld wurde den privaten Investoren, an erster Stelle ist hier Schreyer und Schreyer (S+S Grundbesitz GmbH) zu nennen, überlassen. Diesen geht es nicht um bedarfsorientiertes Wohnen – sondern um ihre ganz eigenen Gewinne. Dabei sollte es doch gerade eine selbstverständliche Aufgabe der Stadt Marburg sein, ihren BürgerInnen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dienstleistungen bereitzustellen. Leider ist es für Baudezernent und Bürgermeister Dr. Franz Kahle völlig normal, dass es sich bei neu

zu errichtenden Wohnungen in der Universitätsstadt Marburg um Renditeobjekte handelt, die sich rechnen müssen – für den Investor versteht sich. Exemplarisch sei die Bebauung an der alten Universitätsgärtnerei durch S+S Grundbesitz GmbH genannt, welche Bürgermeister Franz Kahle ausdrücklich begrüßt und auf deren Vermarktungserfolg verweist.

S+S Grundbesitz GmbH anonciert in Hochglanzbroschüren die Wohnungen für beispielsweise 415.000,00 Euro (4 Zimmer, etwa 122 Quadratmeter, das entspricht etwa 3.400 € pro qm) oder 315.000,00 Euro (3 Zimmer, knapp 73 Quadratmeter, entspricht etwa 4.315 € pro qm). Auf meine Nachfrage, ob diese Preise für den Bürgermeister sozialverträglich seien oder ob es sich bei diesen Wohnungen nicht doch eindeutig um Renditeobjekte handle, blieb er mir eine Antwort schuldig!

Dies alles erinnert sehr an ein allgemein bekanntes Brettspiel, deshalb ein Auszug aus den Spielregeln von Monopoly: „Sinn des Spiels ist es, Besitztümer so günstig zu kaufen, zu vermieten oder zu verkaufen, dass man der Reichste und möglichst Monopolist wird. Wer das meiste besitzt, der hat gewonnen. Und wer am wenigsten besitzt, der hat verloren.“ Die Stadt Marburg ist kein Spielbrett, deshalb sollten die Verantwortlichen VertreterInnen des Marburger Magistrats auch in diesem Sinne handeln, um nicht doch nur die Randfiguren in einem Spiel zu sein.

Ein Vorschlag zur Güte, um etwas der Allgemeinheit zurückzugeben, wenn die Stadt Marburg schon ausschließlich das Heil in „städtebaulichen Verträgen“ sucht. Die Verträge werden durch die Stadtverwaltung einerseits und Grundstücksbesitzer und Investoren andererseits

ausgehandelt. Sie müssen festlegen, dass nicht nur der Private, sondern die Allgemeinheit von der Wertsteigerung profitiert, die ein Boden erfährt, wenn er zu Bauland wird. Maximal zwei Drittel der Wertsteigerung darf die Stadt abschöpfen, um Gutachten und Kindergartenplätze, Ausgleichsflächen und Energiekonzepte zu finanzieren. Dabei ist es rechtlich möglich, bis zu zehn Prozent der Investitionssumme einzubehalten.

Ich meine: Deutschland und seine Kommunen sollen nicht auf Wohltaten angewiesen sein. Davon steht nichts im Grundgesetz. Da steht etwas Anderes: es soll ein demokratischer und sozialer Staat sein – Artikel 20 GG. Dieser soll nicht auf die Almosen einiger Mäzen angewiesen sein, sondern sich selbst finanzieren können: dadurch, dass sie angemessen besteuert werden. Und das wäre erst der Anfang. Viel bes-

ser wäre, es gäbe keine Armen und keine Superreichen mehr. Denn die Kluft zwischen Arm und Reich wird in nahezu jedem Land der Welt immer größer. Vor einem Jahr sagte die Organisation Oxfam voraus, im Jahr 2016 werde das reichste Prozent der Weltbevölkerung, also rund 70 Millionen Menschen, mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent (rund sieben Milliarden Menschen) zusammen. Oder noch drastischer zeigen die Vermögen der Superreichen den Trend: Inzwischen besitzen die 62 reichsten Einzelpersonen genauso viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – vor einem Jahr waren es noch 80 Personen.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oxfam-62-superreiche-besitzen-so-viel-wie-die-halbe-welt-a-1072453.html>

Tanja Bauder-Wöhr (DKP-Mitglied, „Marburger Linke“ Platz 2)

Tanja Bauder-Wöhr - Die linke Nachbarin

Vor etwa sieben Jahren war sie plötzlich da: Sie schneite in die öffentliche Fraktions-sitzung der „Marburger Linke“ hinein, kehrte jede Woche wieder und sagte längere Zeit gar nichts.

Das ist ungewöhnlich, denn auf den Mund gefallen ist sie nicht. Auch war sie weder neu in Marburg noch von Kommunalpolitik unbeleckt. Tanja Bauder-Wöhr kommt aus Heidenheim in Baden-Württemberg, wo sie von früher Jugend an in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und dann auch in der DKP aktiv war. In dieser Stadt sind die Kommunistinnen und Kommunisten seit Jahrzehnten im Stadtrat. Das ist eine andere Gemeinde als Marburg. Stadtbeherrschendes Unternehmen ist der Maschinenbauer Voith. Da geht es auf der Linken proletarischer zu.

Auch als Tanja in Marburg Rechtswissenschaften studierte, Referendarin war und ihr Zweites Juristisches Staatsexamen machte, hatte sie weder mit der Uni-Politik noch mit dem Rathaus



viel am Hut. Sie fürchtete, unter eine Käseglocke zu geraten und schaute sich lieber anderwärts um, zum Beispiel einige Zeit in den USA.

Aber irgendwann wurde sie bodenständig diesseits des Atlan-

tik und jenseits des proletarischen Südens. Sie bekam zwei Söhne und fand, jetzt müsse sie sich mal praktisch um die Umstände kümmern, in denen sie aufwachsen würden, und das war eben in Marburg.

Tanja guckte sich die „Marburger Linke“ an und fand sie akzeptabel, auch weil sie keine Partei, sondern ein Bündnis ist, wo man nicht immer im eigenen Saft schmort.

2011 wurde sie in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Sie nahm sich vor, vor allem außerdem der Rituale des Rathauses sichtbar zu werden und gab deshalb das „Stadtinfo“ der DKP heraus. Dieses Blättchen verteilte sie in der Woche nach jeder Stadtverordnetensitzung vor „Ahrens“.

Es gab ein Problem: Kaum hatte Tanja Aufstellung auf der Straße genommen, wurde sie schon von Marburgerinnen und Marburgern in Gespräche verwickelt. Das machte ihr Spaß. Man redete und redete. So verging der Nachmittag, und als Tanja dann auf die Flugblätter – das „Stadtinfo“ – in ihren Händen guckte, waren diese fast alle noch da. Das unmittelbare Gespräch war und ist einfach wichtiger. Seit dieser Erfahrung verbreitet sie ihre schriftlichen Nachrichten

lieber und effizienter auf der Homepage des „Marburger Echo“ und ist noch viel mehr unterwegs als vorher.

Sie ist Mitglied im Bau-Ausschuss und macht das gern. Aber sie wäre keine Kommunistin, wenn sie sich nicht auch für Sozialpolitik interessieren würde.

Andreas und Sebastian, die Söhne von Tanja, sind begeisterte Fußballer, und auch sie treibt gern Sport. Also verbringt sie viel Zeit auf Gras- und Hartplätzen, vor allem dort, wo auch Kinder und deren Eltern sind. Da lernt man Menschen mit weit auseinander liegenden Auffassungen kennen. Tanja ist neugierig, und weil sie mit allen redet, wird sie immer schlauer. In Cappel, wo sie wohnt, ist sie die linke Nachbarin von nebenan.

Das wird sie auch bleiben, wenn sie wieder in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wird. Sie kandidiert auf Platz zwei der Marburger Linken, ist also auch da kaum zu übersehen.

Georg Fülberth

DKP / SDAJ

– Veranstaltungsreihe „Damals wie heute gilt: Nie wieder Faschismus“

25.02.2016

Kapital, Reichswehr und NSDAP – Die Geschichte des Faschismus 1919-1933

Marxistische Analyse zur Frühgeschichte des deutschen Faschismus anknüpfend an die Faschismusanalyse von Kurt Gossweiler

Referent: Gerrit Brüning

31.03.2016

Ein schmaler Grat – Widerstand im KZ Buchenwald

Bernd Langer schildert die Geschichte des Widerstands im KZ Buchenwald. Er zeichnet die Begebenheiten anhand der von ihm festgehaltenen Aussagen von Paul Grünewald nach, dem einzigen zum Interviewzeitpunkt noch lebenden Anhänger der KZ-internen Bewegung.

Referent: Bernd Langer

28.04.2016

Vom faschistischen Bewusstsein zum Lachen der heutigen Täter

Psychosoziale Perspektive auf den (Neo-) Faschismus anhand der Analysen von Klaus Theveleit und Wilhelm Reich - Übergang zwischen historischen und aktuellen Teil

Referent: Christian Mark

19.05.2016

Staat und Nazis Hand in Hand – Von Gladio bis zum NSU

- Über die Zusammenarbeit von Staat und Nazis in der Vergangenheit
- Buchvorstellung „Rechtsstaat im Untergrund“

Referent: Wolf Wetzel

23.06.2016

Der Aufstieg des Abendlandes – AfD, PEGIDA und Co.

„Teilweise gut versteckt, teilweise ganz offen bedienen sie Ressentiments und betreiben rassistische Meinungsmache. Hier verwischt der oft betonte Unterschied zwischen wirtschaftsliberalen und nationalkonservativen...“

Referent: Philip Becher

02. bis 03.07.2016

Bildungsfahrt an einem Wochenende zur Gedenkstätte Buchenwald mit Führung durch das ehemalige Konzentrationslager und Weimar

18.08.2016

Filmabend „Vorwärts und nicht vergessen. Kurt Julius Goldstein. Ein Porträt.“ Produktion: Friedrich-Martin Balzer, 1994, 56 Minuten

- Einleitungsreferat durch Friedrich Martin Balzer

September 2016

Die braune Vergangenheit und Gegenwart der UNION in Hessen

- Vorstellung der SDAJ-Broschüre „Die Union: Für alle Richtungen offen“

- Vorstellung der LINKEN-Broschüre „Braunes Erbe in Hessen“

Referenten sind angefragt

20.10. 2016

Antifaschismus heute – Krise, Kriminalisierung und Gegenstrategien

Referenten sind angefragt

ECHO VON LINKS



AfD im Aufwind – Was tun?

Der neuesten Sonntagsfrage zu Folge würde die „Alternative für Deutschland“ bei der nächsten Bundestagswahl auf 12% kommen. Sie hätte damit noch vor der Linkspartei und den Grünen die Rolle der stärksten Oppositionspartei inne. Wie konnte es soweit kommen? Wie kann es sein, dass eine Partei, deren Mitglieder den Einsatz von Schusswaffen gegen Geflüchtete fordern und deren FunktionärInnen in aller Öffentlichkeit ihre Rassentheorien kundtun, so starken Zulauf gewinnt?

Die Aufgabe aller sich in irgendeiner Art und Weise als ‚links‘ verstehenden politischen Kräfte ist es, dieser Frage nachzugehen. So notwendig Demonstrationen und Blockaden gegen AfD-Veranstaltungen auch sind, es darf nicht bei diesen ‚Abwehrkämpfen‘ bleiben. Es gilt, die Mechanismen, die die Massen in die Arme der RechtsextremistInnen treiben, herauszustellen, anzuprangern und aktiv gegen sie zu wirken.

AUSGEFRAGT



Im Gespräch mit
Sebastian Chwala

Sebastian Chwala ist Mitglied bei „Die Linke“. Er ist Kreisvorsitzender (zusammen mit Inge Sturm) und kandidiert für das Stadtparlament (Platz 9)

Als Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigst Du Dich im Rahmen Deiner Doktorarbeit mit der politischen Situation in Frankreich - vor allem mit dem rechtsextremen Front National (FN). Im ersten Wahlgang der Regionalwahlen Anfang Dezember 2015 erhielt dieser knapp 28 % der Wählerstimmen und wurde in sechs der zukünftigen 13 Regionen Frankreichs die stärkste Partei. Erst im zweiten Wahlgang konnte der Aufstieg des FN zunächst gestoppt werden. Wie erklärst Du das Phänomen FN?

Viele Menschen aus den sozialen Unterklassen, die der Linken nahe sind, sind aufgrund der Politik der 2012 ins



Ich meine damit nicht, dass wir Verständnis für RassistInnen wie Bernd Höcke, von Storch und andere ‚besorgte BürgerInnen‘ zeigen sollen. Ich bin auch nicht der Auffassung, man solle das Gespräch mit den rechtsradikalen, faschistischen Schlägertrupps von Heidenau und Freital suchen.

Aber: Nicht alle dieser 12% oder derjenigen, die den rechten Parolen der CDU/CSU usw. Gehör schenken, sind Rechtsextreme. Vielfach sind es Menschen, die

von der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft betroffen sind oder Angst haben es in Zukunft zu sein. Wir ‚Linken‘ dürfen diese Menschen nicht ‚rechts‘ liegen lassen. Wir müssen uns die Diskurshegemonie, die wir durch Rückzug in Abwehrkämpfen oder plumpe Kopie rassistischer Parolen verloren haben, zurückerobern.

Vermitteln wir den Menschen: Ja, es gibt große Probleme; zu niedrige Renten, zu niedrige Löhne, überall wachsende

Interview mit Sebastian Chwala

Sebastian Chwala hat jüngst das Buch „Der Front National: Geschichte, Programm, Politik und Wähler“ beim Verlag PapyRossa veröffentlicht.

So wird die transnationale Erweiterung der Zusammenarbeit in Europa generell als Produkt der herrschenden Klassen abgetan, während der Mythos des national regulierten Klassenstaats der rechtsgleichen Staatsbürger zum Gipfelpunkt der Volkssouveränität verklärt wird. Solange es den verschiedenen Strömungen der französischen Linken nicht gelingt, sich dieser notwendigen internationalen Zusammenarbeit denjenigen zu öffnen, die in der Verfasstheit des Kapitalismus, und nicht nur der mangelnden nationalen Autonomie, das wirkliche Problem unserer Zeit sehen, wird es schwer dem FN etwas entgegen zu setzen.

Mit den wiederholten Anschlägen in Paris nimmt auch die innenpolitische Auseinandersetzung in Frankreich zu. Nutzen die Anschläge dem FN?

Nicht direkt. Allerdings übernehmen die etablierten Parteien die rassistischen Argumente des FN. Unter der PS-Regierung sind zum Beispiel mehr Roma ausgewiesen worden, als unter der bürgerlichen Vorgängerregierungen. Und selbst der Kampf gegen die Gewerkschaften, dem Feindbild der extremen Rechten schlechthin, ist Teil der

Ungleichheit und Armut. Aber es sind nicht die Geflüchteten, die daran schuld sind. Schulen und Schwimmbäder wurden bereits vor der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ geschlossen, die Ungleichheit nimmt seit Jahren stetig zu, genauso die Zahl derjenigen, die Aufstocken oder anderweitig in prekären Arbeitsverhältnissen schuften müssen. Das Problem sind nicht die Menschen, die nun zu uns kommen. Im Gegenteil: Sie fliehen vor Kriegen, die unsere Politik mit zu verantworten hat. Sie fliehen vor Armut, die unsere Wirtschaft mit zu verantworten hat, kurz: Sie fliehen vor den Auswirkungen des gleichen Systems, dass auch in Deutschland Ungleichheit produziert. Die Menschen, die jetzt zu uns kommen sind nicht unsere ‚Gegner‘, sie sind unsere potenziellen politischen Freunde. Lassen wir uns nicht spalten, stehen wir gemeinsam, solidarisch zusammen gegen Ausbeutung, Krieg und Ungleichheit - weltweit!

Michael Henkes

sozialdemokratischen Regierungsagenda geworden.

An jenem Tag, an dem der Anschlag auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo verübt wurde, widmete diese dem Schriftsteller Michel Houellebecq wegen der Erscheinung seines Buches Soumission (Unterwerfung) ihr Titelbild. Was hältst Du von Michel Houellebecq und seinem Roman Soumission?

Ein ganz klar islamophobes und fremdenfeindliches Machwerk, das ganz in der Tradition der französischen extremen Rechten steht.

Neben Deiner Arbeit an Deiner Promotion bist Du auch noch Kreisvorsitzender der Partei Die Linke in Marburg und kandidierst für das Stadtparlament. Wie passt das zusammen?

Für mich gehören Theorie und Praxis zusammen. Als Akademiker lebt man nicht im luftleeren Raum, sondern hat auch die Verantwortung, die untragbaren Verhältnisse unter denen wir leben anzuklagen. Meine wissenschaftliche Arbeit zielt deshalb in erster Linie darauf zu verstehen, wie sich im neoliberalen Kapitalismus die sozialen Beziehungen und Klassenverhältnisse ausdrücken. Gelingt es dort eine größere Klarheit zu schaffen, ermöglicht dies, meiner Meinung nach, auch eine viel bessere Kampagnenarbeit der Partei DIE LINKE.

Wir danken für das Gespräch.

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Uz Woche für Woche antikapitalistisch!

Jetzt 10 Wochen testen

☐ Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

☐ An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Alter _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CompuPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 95 414 • www.unsere-zeit.de